

## Aktion „Zuckertüte 2008“

Zum Bürgerfrühstück der Stiftung „Bürger für Leipzig“ auf der Parkbühne Eutritzsch übergaben im Juli in Anwesenheit des OBM Burkhardt Jung die Vertreter des Stadtverbandes DIE LINKE. und der Stadtratsfraktion ihren Beitrag für die Aktion „Zuckertüte 2008“. Die Stadtratsfraktion stiftete 500 Euro aus einem Fonds, in den die 2004 durch die Fraktion abgelehnte Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Stadtratsmitglieder einfließt. Für den Stadtverband übergab die AG „Soziale Politik“ einen weiteren Scheck über 500 Euro. Damit wurde zugleich der Beschluss des Stadtparteitagess zur konkreten Mitwirkung an dieser Aktion umgesetzt. Wir danken allen Spendern!

Die Aktion selbst wird noch bis Ende Juli fortgesetzt. Angesichts der fast ungebremst steigenden Verarmung der Kinder und damit der Zukunft Deutschlands, ist jede Initiative zur Milderung der sozialen Ausgrenzung von Kindern aus einkommensschwachen Familien zu begrüßen und zu unterstützen. Folgerichtig unterstützen wir so auch die Aktion „Zuckertüte“, initiiert durch die Stiftung „Bürger für Leipzig“, mit der Schulanfänger eine neue wertige Erstausrüstung erhalten. Die Auswahl erfolgt dabei in enger Zusammenarbeit mit dem Sozialamt. Dem gleichen Anliegen verpflichtet, gaben wir bereits unsere volle Unterstützung dermaßgeblich vom Erwerbslosenausschuss ver.di veranlassten Petition zur Einrichtung eines Schulbedarfsfonds an den Freistaat Sachsens. Auch unsere Unterschriften sind in die nunmehr 11 000 Unterschriften eingegangen.

Natürlich sind wir uns bewusst, dass mit diesen Initiativen nicht die eigentlichen Ursachen gelöst sind. Uneingeschränkt ist deshalb auch den Feststellungen von Elisabeth Trebitz (Bonn) in ihrem offenen Brief an den Präsidenten des 16. Deutschen Bundestages vom 6.6.2008 zuzustimmen: „Deutschland ist kein kinderfreundliches Land!“

„Die wohlmeinenden Bemühungen karitativer Verbände, örtlicher Bürgervereine und Initiativen, der Kirchen und einzelner Kommunen, die Kinderarmut in Deutschland zu mildern, sind leider völlig unzureichend. Deshalb muss es schnellstens zu einer konzentrierten Aktion zwischen Bund, Ländern und Kommunen kommen, in der auch der Bund Kosten und Verantwortung für „seine Kinder“ übernehmen muss...“ Bis dieses Ziel erreicht ist, verdienen die von sozialer Verantwortung getragenen Aktionen zur Sensibilisierung und praktischen Hilfe nicht nur Anerkennung, sondern eben auch konkrete Unterstützung.

Zugleich gilt es den Druck weiter zu erhöhen, um Sachsens Regierung zu zwingen, dem Beispiel Baden-Württembergs folgend, alle Lernmittel – nicht nur die wenigen Lehrbücher – kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Einrichtung eines Schulbedarfsfonds bleibt also unverändert aktuell! Aber auch Kommunen haben ihre Möglichkeiten. So hat die Stadt Zwickau für jeden Erstklässler aus einkommensschwachen Familien ein Startpaket im Wert von etwa 250 € beschlossen. Eine Anregung auch für Leipzig.

PETRA WEISSFUSS, Leipzig

## Für eine sozialere Gesellschaft

60 Jahre soziale Marktwirtschaft wurde im Juni dieses Jahres von der Politik begangen. Dazu formulierten 350 zufällig ausgewählte Bürger in einem von der Bertelsmann-Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung und Ludwig-Erhard-Stiftung initiierten Bürgerforum Gedanken und Ideen und heraus kam ein über 100 Seiten fassendes Bürgerprogramm zur Sozialen Marktwirtschaft. Es enthält Visionen zu einer bürgernahen machbaren Politik, die alle Bereiche umfasst, wie z. B. Arbeit, Bildung, Demographie, Finanzen, Globalisierung, Innovation, Soziales Umwelt. Das Besondere an dem Bürgerforum ist, dass sich hier parteiunabhängig Menschen getroffen haben, die aus verschiedenen Lebensbereichen kommen. Ob Student, Hausfrau, Arbeiter, Hartz-IV-Empfänger, Unternehmer oder Rentner, sie alle wollten etwas bewegen und nicht nur kritisieren. Jeder brachte in seinem Arbeitsausschuss eigene Gedanken und Erfahrungen ein und bereicherte damit die Inhalte des Bürgerprogramms, dessen erste Exemplare im Juni an Vertreter der Fraktionen im Deutschen Bundestag übergeben wurden.

Eine zentrale Forderung des Programms ist die nach besseren Bildungsmöglichkeiten und damit verbunden nach mehr finanziellen Mitteln für nachhaltige Investition-



Übergabe des Programms bei der Bundestagsfraktion DIE LINKE.  
Foto: Frank Nürnberger

nen für diesen Bereich. Auch die Förderung von Familien und deren finanzielle Absicherung ist ein wichtiger Punkt. Zu den mehr als 50 konkreten Politikvorschlägen des „Bürgerprogramms Soziale Marktwirtschaft“ führte die Bertelsmann-Stiftung eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durch. Diese ergab, dass 73 Prozent der Bundesbürger die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als ungerecht bewerten. Nur jeder Achte (13 Prozent) bezeichnet die Verteilung von Einkommen und Vermögen im Großen und Ganzen als gerecht. 95 Prozent aller Bundesbürger bekräftigen die Forderung nach einer besseren Investition in die Bildung. In diesem Programm steckt viel Arbeit und Engagement. Nun liegt es an den Politikern die hier aufgestellten Vorschläge der Bürger anzunehmen und umzusetzen. Das vollständige Bürgerprogramm sowie die Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage sind auf der Online-Plattform des Bürger-Forums ([www.buergerforum2008.de](http://www.buergerforum2008.de)) veröffentlicht.

PETRA RADTKE, Leipzig

## Fragen eines Lesers

Warum bleibt man denn als „Ossi“ nach nunmehr 18 Jahren immer noch der in den „ewig neuen Bundesländern“? Wieso wurden im Osten die „Russen“ bewegt, das Land zu verlassen, während noch immer amerikanische A-Bomben in geheimen Lagern zur Sicherung Amerikas in der BRD gehütet werden? Wieso musste die SU damals ihre Raketen von Kuba abziehen, wenn es heute darum geht, US-Basen in Polen und Tschechien aufzustellen? Wird denn nicht im Fernsehen bewiesen, dass seit 2002 über 2900 deutsche Soldaten in Afghanistan stationiert sind, seit 2006 ebenfalls 2400 im Libanon? Lasst uns endlich in Frieden leben, geht nach Hause und lasst uns nicht daran denken, was es für eine besondere Ecke auf dem Flugplatz Halle-Leipzig gibt. Wie denn nun Ihr Damen und Herren Politiker? Was ist denn nun eigentlich wichtig, im ewigen Durcheinander von Diäten, Managergehältern, Lebensmittelpreisen und Benzin, für ein gesichertes Leben aller Menschen dieser Erde?

MANFRED KUTZ, Eilenburg

Die auf dieser Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

## Erhöhte Kriegsgefahr

Mit wachsender Besorgnis verfolgen wir die sich in den letzten Tagen verstärkende Orientierung in den Medien auf einen nahe bevorstehenden Krieg der USA und Israels gegen den Iran. Ähnlich wie vor dem Irak-Krieg, müssen unbewiesene Behauptungen jetzt über die angebliche atomare Rüstung Irans, als „Kriegsgrund“ erhalten.

In Wirklichkeit geht es um die Herstellung der strategischen Vorherrschaft der USA über den gesamten Nahen und Mittleren Osten, um die Verfügungsgewalt über die dortigen Rohstoffreserven. Es soll erneut Blut für Öl fließen.

Aus völkerrechtlicher Sicht ist festzustellen:

-Jedes Land hat das Recht zur friedlichen Nutzung der Kernenergie.

-Der Besitz von Kernwaffen ist nicht notwendig. Die weltweite atomare Abrüstung böte keinen Grund für einen Angriffskrieg. Bekanntlich besitzen Pakistan, Indien, Nordkorea, Israel bereits neben den Großmächten Kernwaffen, und niemand ruft zum Krieg gegen diese Länder auf!

-Es ist völkerrechtswidrig, einen Regimewechsel in einem Staat mit einem Angriffskrieg herbeizuführen.

-Die Nutzung der kanpp werdenden Rohstoffreserven muss auf der Basis von internationalen Wirtschaftsverträgen, auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils, geregelt werden – nicht durch militärische Interventionen.

-Für die Lösung der politischen Probleme im Nahen Osten wird seit langem eine internationale Nahost-Konferenz unter Leitung der UNO vorgeschlagen.

Die Kriegsvorbereitungen gegen Iran dürfen nicht im „Sommerloch“ verschwinden.

Dieser Krieg würde unübersehbare, nicht kalkulierbare Folgen haben! Hoffen wir, dass der weltweite Protest der Völker und die politische Diplomatie den Kriegstreibern in den Arm fallen, damit der bedrohte Frieden erhalten bleibt, wenigstens in diesem Teil von Nahost.

FAMILIE HARTMANN, Neubrandenburg

## Gefälschte Statistik

Ständig berichtet unsere Obrigkeit über fallende Arbeitslosenzahlen. In Wirklichkeit fällt nur die Zahl der statistisch erfassten Arbeitslosen. Wie sagte Churchill? Glaube nur der Statistik, die du selbst gefälscht hast. Wer zum Beispiel aufgrund längerer Arbeitslosigkeit kein Arbeitslosengeld mehr erhält, den erklärt die Regierung unverföhren für nicht arbeitslos. Insgesamt sind mindestens 3,2 Millionen arbeitswillige Menschen ohne Arbeitsstelle nicht in der amtlichen Statistik berücksichtigt, wie Staatssekretär Brandner vom Bundesarbeitsministerium zugeben mußte. Leider fallen viele Medien auf die Sprachmanipulation herein und verbreiten die irreführenden, offiziellen Zahlen unkorrigiert und unkommentiert.

Prof. JÜRGEN WERNER, Berlin

## In's RECHTe Licht gerückt

Unsere Redaktion hat sich an die Leipziger Gruppe der Landesarbeitsgemeinschaft „SOJUS“ bei der Sächsischen Linken gewandt. Dies steht für „Sozialistische Juristen“, die sich landesweit organisiert haben. Die Idee ist, monatlich über wichtige neue Gesetze und Urteile der Bundes- und Obergerichte zu informieren.

Wir werden sie auffordern, Wege aufzuzeigen, wie man nicht nur Recht hat, sondern solches auch bekommt.

In SOJUS Leipzig sind unter anderem Anwälte wie Dr. Roland Wötzel, Stefan Costabel und Petra Wenniges, Erika und Gerhard Lauter organisiert, die sich auf den Gebieten des Bau-, Wirtschafts-, Arbeits-, Straf-, Zivil- und Familienrechts, aber auch des Sozialrechts seit langem bewegen. Wir denken jedoch auch daran, uns an den Kreisen der Steuer- und Rentenberater Ratschläge zu wichtigen Rechtsentwicklungen einzuholen.

Zunächst wünschen wir uns als Redaktion Ihre Meinung zu dieser neuen „Seite“ unserer Zeitung, noch besser Themenwünsche, die vom „2. Gesetz über die Modernisierung von Dienstleistungen auf dem Arbeitsmarkt“ - so heißt Hartz IV wirklich (!) - bis zur Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zur Wohnungsrenovierung reichen könnte.

Finden wir Ihre Zustimmung, werden wir einfach anfangen.